

**Grusswort von Mechthild Rawert, MdB
Mitglied im BT-Ausschuss für Gesundheit, SPD**



Sehr geehrte Mitglieder des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie e.V.,

ich freue mich, dass Sie von nah und fern den Weg zu ihrem 43. Jahreskongress des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie e.V. unter dem Motto: „50 Jahre dbI - Logopädie gemeinsam weiterbringen“ nach Berlin gefunden haben. Mich freut, Ihnen hier am Entstehungsort des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie - vormals Zentralverband für Logopädie - zum 50sten Geburtstag gratulieren zu können.

Sie sind für Überraschungen gut: Dass Sie während einer Geburtstagsfeier und eines Jahreskongresses zu einer öffentlichen Demonstration am Brunnen der Völkerfreundschaft auf dem Alexanderplatz aufrufen, hat wohl niemand erwartet – aber es passt zu Ihrem aktiven Einsatz zur Verbesserung der Logopädie in Deutschland. Eines ist klar: Eine gute Versorgung mit Logopädie kann es nur geben, wenn es denjenigen, die sie als Fachkräfte und LeistungserbringerInnen anbieten, auch gut geht. Eine faire Vergütung ist also in unser aller Interesse.

Sie wissen besser als ich, welch unersetzlichen therapeutischen Part Sie im Professionen-Mix in den Bereichen

- Prävention und Prophylaxe
- Beratung und Training
- Diagnostik und Abklärung
- Therapie und Rehabilitation

aber auch in Lehre, Fortbildung, Wissenschaft und Forschung leisten. Eine faire Vergütung ist da nur angemessen.

Ihr Thema, die bessere „Vergütung der Logopädie“, beschäftigt auch den Deutschen Bundestag. Am kommenden Montag, 23. Juni, findet eine Anhörung im Petitionsausschuss statt. Ihr dbI-Mitglied, Frau Christiane Schrick aus Norderstedt, hat bekanntermaßen im April 2013 eine Online-Petition gestartet, in der sie eine bessere Vergütung der logopädischen Leistungen fordert. Frau Schrick wird im Petitionsausschuss die Gelegenheit haben, ihre Petition noch einmal vorzustellen. An der Sitzung nehmen auch Mitglieder der Bundesregierung teil, die von den Abgeordneten ebenfalls zum Thema befragt werden können.

Es ist übrigens eine öffentliche Anhörung: Melden Sie sich zahlreich an, die Informationen dazu finden Sie im Internet.

Ich gehe davon aus, dass die Petition anschließend in den Ausschuss für Gesundheit kommt, dessen Mitglied ich bin. Wir werden dann über die Schere zwischen fachlichen Anforderungen und Vergütung, über die Inhalte und Leistungen der Rahmenverträge mit den Krankenkassen, etc. debattieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

seien Sie gewiss: Als Gesundheits- und Frauenpolitikerin unterstütze ich insbesondere die Berufsverbände in der Gesundheitsversorgung, in denen mehrheitlich Frauen tätig sind - im Falle des Deutschen Bundesverbandes für Logopädie e.V. über 90 Prozent. Ich vertrete grundsätzlich die Haltung: „Geld verdirbt den weiblichen Charakter nicht!“.

In den meisten Gesundheitsberufen wird aktuell über die Frage der jeweiligen Ausbildungsorganisation, um neue Berufegesetze, die grundständige Akademisierung, die vertikale und horizontale Durchlässigkeit im Bildungssystem, die entsprechende Weiterentwicklung in Forschung und Wissenschaft, und um die Gleichwertigkeit der Anerkennung im Inland ebenso wie im europäischen Ausland intensiv diskutiert.

Kurz und gut: Es geht auf mehreren Ebenen um die Weiterentwicklung der Professionalisierungsprozesse. Es geht aber auch darum, das Feld der Medizin und Therapie von mittlerweile zunehmend verdeckten Geschlechtszuordnungen zu befreien. Der Bedeutungskontext Medizin = „männlich mit Ansage“, die übrigen Gesundheitsberufe = „weiblich und zuarbeitend“ entspricht keinem modernen an Kooperation und Evidenz orientiertem Gesundheitswesen.

Ihr Kampf um mehr Reputation, mehr Anerkennung, mehr fachlichen Austausch „auf Augenhöhe“ und selbstverständlich auch um mehr Geld ist Teil eines gesellschaftlichen Wandels und auch eines Wandels im Gesundheitswesen.

In unserer Gesellschaft der Vielfalt ist es im gesamtgesellschaftlichen Interesse, wenn die vom Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen schon 2007 erhobenen Forderungen nach mehr interdisziplinärer Kooperation endlich Wirklichkeit werden. Die Kooperation zwischen den verschiedenen Gesundheitsberufen muss wachsen. Das Wissen um die Bedeutung des Heilmittelsektors auf Seiten der MedizinerInnen muss anwachsen. Eine Betrachtung auf das eigene Budget darf auf Seiten der ÄrztInnen nicht zu einseitigen Einsparungen führen. Damit gehen gerade bei Kindern Lebenschancen verloren. Wir brauchen einen Ausbau der Prävention.

Liebe LogopädInnen, liebe unterstützende Demonstrierende,

Der Begriff „Logopädie“ steht nicht mehr ausschließlich für die medizinisch-therapeutische Versorgung sondern auch für Ihre Kompetenz, sich in die „normale“ Sprachentwicklung, für Sprachförderung und Mehrsprachigkeit qualifiziert einbringen zu können. Damit können Sie Ihren fachlichen Beitrag auch in der für unsere Gesellschaft so wichtigen Inklusion leisten, können sich in unserer Gesellschaft des längeren Lebens und den damit einhergehenden demografischen Umstrukturierungen insbesondere im Sozial- und Gesundheitswesen verstärkt einbringen.

Sie weisen zu Recht darauf hin, dass für die Einnahmeentwicklung der Gesetzlichen Krankenkassen neben der Beitragssatzgestaltung die Entwicklung der Grundlöhne, also der Teil des Bruttoarbeitsentgelts einer versicherten Person zwischen der Geringfügigkeitsgrenze und der Beitragsbemessungsgrenze, von zentraler Bedeutung ist. Die Grundlohnsumme weist große Differenzen auf: nach Regionen (z.B. Süd-Nord-Gefälle) oder auch Sektoren, mensch denke nur an das Gefälle zwischen den Krankenkassen. Ja, auch die Ost-Westangleichung ist nicht abschließend gelöst. Ich weiß, Sie wünschen die Aussetzung des Bezugs auf die Grundlohnsumme für Ihren Bereich und verweisen darauf, dass Ihr Leistungsangebot doch „nur“ 0,3 Prozent der Ausgaben des Gesundheitswesens umfasse. Ich sage Ihnen zu, dass ich Ihr Anliegen im Gesundheitsausschuss diskutieren werde.

LogopädInnen arbeiten unter den verschiedensten Arbeitsbedingungen, unter anderem angestellt oder freiberuflich, mit oder ohne eine bzw. mehrere Praxen. Entsprechend unterschiedlich sind auch ihre finanziellen Rahmenbedingungen. Ich begrüße es außerordentlich, dass sich der Berufsverband für eine gute wirtschaftliche Situation der Logopädinnen und Logopäden einsetzt - sowohl während der aktiven Erwerbsphase als auch in Bezug auf die Altersvorsorge.

Vor kurzem habe ich vernommen, dass in ihrem Berufsfeld eine Ausweitung von Outsourcing bzw. zunehmend auch Leiharbeit stattfinden soll. Hier bitte ich um weitere Daten. Diese mangelnde „Ordnung“ auf dem Arbeitsmarkt Gesundheitswesen führt bei den Fachkräften zu einem Verlust an Qualität und finanzieller Ausbeutung und bei den PatientInnen zu einem Mangel an Vertrauen und Compliance. Das geht gar nicht!

Liebe Logopädinnen und Logopäden,

auch wenn ich Ihnen hier und jetzt die Erfüllung ihrer zahlreichen Wünsche nicht so ohne weiteres versprechen kann - versprechen kann ich Ihnen: Ich unterstütze Sie. Abschließend möchte ich Ihnen als Berlin-Tempelhof-Schöneberger Bundestagsabgeordnete noch Berlin ans Herz legen. Für diejenigen, die nicht schon einen Koffer hier haben, kann ich nur sagen: Erleben Sie Berlin, lernen Sie uns Berlinerinnen und Berliner kennen. Sie werden feststellen: Berlin ist immer eine Reise wert!